



Inselgemeinde
Langeoog

Niederschrift

über die
**Öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-, Umwelt- und
Landschaftsausschusses**
der Inselgemeinde Langeoog
am Mittwoch, 08. April 2026
im Rathaus Sitzungszimmer

NULA/2026/001

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: Ratsmitglied

Kraus, Bärbel

Janssen, Jan Martin

Peters, Daniela

Peters, Till Martin

Spies, Gerda

Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf

Bürgermeister

Brüling, Onno

Gemeinderatsmitglied

Garrels, Uwe

Klimamanager

Hönscheid, Thomas

Als Gast

Fehlend:

Ratsvorsitzender

Agena, Gerrit

Ratsmitglied

Recktenwald, Michael

Abteilungsleiter ARA

Sjuts, Marc

Entschuldigt fehlend

Entschuldigt fehlend

Entschuldigt fehlend

TOP 01 Eröffnung der Sitzung

Sachvortrag:

Vorsitzende Kraus eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sachvortrag:

Vorsitzende Kraus stellt die ordnungsgemäße Ladung die die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Sitzung entschuldigt fehlen Ratsvorsitzender Agena und Ratsherr Recktenwald.

Ratsherr Garrels ist als Gast anwesend und erhält einmütig Rederecht.

TOP 03 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Sachvortrag:

Zur Tagesordnung werden keine Anträge gestellt.

TOP 04 Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Sachvortrag:

Olaf Hube

Herr Hube bezieht sich auf Tagesordnungspunkt 5 und erkundigt sich nach der Bewertung durch die Verwaltung und deren Haltung.

Bürgermeister Brüling antwortet, die Verwaltung werde ihre bisherige Linie beibehalten, die Angelegenheit unmittelbar prüfen und rechtliche sowie verfahrensbezogene Möglichkeiten ausloten. Ohne dem nächsten Tagesordnungspunkt vorgreifen zu wollen, sei er der Ansicht, dass die Verwaltung ihre Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen werde.

Herr Hube fragt, ob das einen Einspruch gegen das Vorhaben bedeute.

Bürgermeister Brüling hält einen entsprechenden Einspruch mit hoher Wahrscheinlichkeit für wahrscheinlich und ergänzt, es handele sich um eine Reizentscheidung; der Ausschuss sei an diesem Tag berufen, das weitere Vorgehen zu beraten.

Detlef Westerkamp

Herr Westerkamp fragt, wie das Ortsbild der Insel beziehungsweise des Dorfes im Hinblick auf mehr Artenvielfalt und Biodiversität weiterentwickelt werden könne. Er weist auf eine Initiative an der Inselfschule hin, bemängelt aber wenige blühende bzw. farbige Elemente im Ortsbild und regt an zu prüfen, wie die Gemeinde ihrer Verantwortung für Biodiversität und gegenüber kommenden Generationen stärker gerecht werden könne, etwa durch Umwandlung von Parkflächen in blühende Landschaften.

Vorsitzende Kraus unterbricht mit dem Hinweis, es handle sich um die Einwohnerfragestunde zu Beratungsgegenständen, und macht deutlich, dass die Frage thematisch einem späteren Tagesordnungspunkt, vermutlich 8, zuzuordnen sei; sie bittet um Bezugnahme auf einen konkreten Beratungsgegenstand.

Herr Westerkamp konkretisiert, ihn interessiere, welche Vorstellungen und Maßnahmen die Gemeinde verfolge, um das Ortsbild bunter zu gestalten und die Artenvielfalt in den kommenden Jahren zu stärken.

Bürgermeister Brüling weist darauf hin, dass innerhalb der vorliegenden Beratungsgegenstände allenfalls ein Bezug zur Streuobstwiese zu erkennen sei, und betont die Unterscheidung zwischen allgemeiner Einwohnerfragestunde und Fragestunde zu konkreten Beratungsgegenständen. Er verweist darauf, dass Herr Höhnscheid (Klimamanager) im weiteren Verlauf möglicherweise Ausführungen machen werde, da dieser eine neue Gruppe gegründet habe, weist aber auf begrenzte personelle Kapazitäten der Verwaltung sowie auf die zu berücksichtigende Kostenfrage hin.

Klimamanager Höhnscheid teilt mit, dass der Sachstandsbericht einen Abschnitt zum Erhalt und Ausbau von Grünstrukturen im Ortskern enthalte; es gebe zudem Überlegungen zu finanzieller Unterstützung entsprechender Maßnahmen, worauf er in seinem Bericht näher eingehen werde.

TOP 05

Antrag Ratsfrau Kraus auf Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Ausstattung kommunaler Neubauten mit regenerativen Energien

Sachvortrag:

Vorsitzende Kraus verliest den Sachvortrag.

Ratsherr Janssen erklärt, er verstehe trotz Einhaltung aller Standards nicht, weshalb bei einem Neubau nicht wenigstens teilweise Photovoltaik vorgesehen worden sei. Der zusätzlich erzeugbare Strom sei sinnvoll, koste zwar zunächst, amortisiere sich aber mit Wärmepumpe plus Photovoltaik über die Zeit. Eine Nachrüstung halte er für möglich und empfehlenswert.

Ratsfrau Peters stimmt grundsätzlich zu, verweist aber darauf, dass man mit vorhandenen Mitteln möglichst viel Wohnraum schaffen wollte und dieses Ziel erreicht habe. Die für erneuerbare Energien eingeplanten Mittel sollten nicht für Nachrüstung des Mietwohnungsbaus, sondern für andere kommunale Gebäude eingesetzt werden, damit möglichst alle Steuerzahler profitieren. Für künftige Neubauten solle entsprechende Ausstattung selbstverständlich berücksichtigt werden.

Ratsherr Garrels erinnert, bei der Planung und Realisierung sei die Kostenfrage im Vordergrund gestanden. Intensive Diskussionen hätten die mögliche Anzahl Wohnungen mit verfügbaren Mitteln betroffen. Der Mietwohnungsbau belaste den Haushalt erheblich; deshalb sei ein Verzicht auf zusätzliche Investitionen wie Photovoltaik nachvollziehbar. Die Kombination von Wärmepumpe und Photovoltaik sei grundsätzlich sinnvoll, müsse aber im Einzelfall geprüft werden.

Er regt eine Prioritätenliste für Einsatz von Wärmepumpen und Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden an, da Erträge dort unmittelbar der Gemeinde zugutekämen. Investitionen sollten dort erfolgen, wo dringender Bedarf und hoher wirtschaftlicher sowie energetischer Effekt zu erwarten seien; dazu bedürfe es einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Bürgermeister Brüling führt aus, die Kombination Wärmepumpe/Photovoltaik sei bei Neubauten sinnvoll, im vorliegenden Projekt habe jedoch das Ziel bestanden, möglichst viel Wohnraum zu schaffen; daher sei Photovoltaik zurückgestellt worden. Er verweist auf die Komplexität eines Mieterstrommodells hinsichtlich Vermarktung, Teilnahmebereitschaft der Mieter und Wirtschaftlichkeit. Energetisch sei das Projekt bereits jetzt die effektivste kommunale Liegenschaft; KfW-55 bedeute nur 55 % Primärenergiebedarf eines Referenzgebäudes. Aus kommunaler Sicht erscheine es sachgerecht, Mittel zunächst in andere Liegenschaften zu investieren, da dort ein breiterer Kreis von Steuerzahlern profitiere. Ergänzend laufe die Planung einer Photovoltaik -Anlage auf dem Bahnhof, statisch zu klären; aus Wirtschaftlichkeitsgründen zunächst ohne Speicher. Im Anschluss an das Klimaschutzkonzept müsse nun eine Priorisierung der kommunalen Liegenschaften erfolgen.

Vorsitzende Kraus übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Janssen.

Vorsitzende Kraus weist darauf hin, dass Photovoltaik-Anlagen auf Mietwohnungsdächern die Gemeindekasse wirtschaftlich entlasten könnten, da es sich um rentable Investitionen handle. Ihr Antrag umfasse auch Nutzung von Stromüberschüssen im Mieterstrommodell; viele kommunale Vermieter arbeiteten bereits damit. Neben einer Einspeisevergütung seien über 20–30 Jahre Einnahmen möglich, die Haushaltsmittel freisetzen könnten; sie nennt Renditeerwartungen von etwa 8–12 %. Die Steuerzahler trügen den Mietwohnungsbau ohnehin über Jahrzehnte; daher sei zusätzliche Investition in Photovoltaik im Interesse aller. Mieterpflicht zur Abnahme sei praktisch weniger gravierend, sofern angebotener Strom günstiger sei. Zum personellen Aufwand verweist sie auf alternative Modelle wie die gemeinschaftliche Gebäudeversorgung (GGV), genannt vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, die Kommunen Pflichten eines Energieversorgers abnehme, vereinfachte Rechnungsstellung ermögliche und Vorteile wie Netzentgelt- und Stromsteuerfreiheit des Solarstroms bringe. Damit entfalle teilweise das Argument des fehlenden Personals. Es gehe nicht darum, KfW-40 nachträglich herzustellen; vielmehr könne es wirtschaftlicher sein, Standard 55 solide umzusetzen und eingesparte Mittel in größere Photovoltaik -Anlagen oder weitere Wohnanlagen zu investieren. Sie bittet um vertiefte Prüfung des Mieterstrommodells einschließlich GGV durch die Verwaltung.

Vorsitzende Kraus übernimmt den Vorsitz zurück.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die Mittel für energetische Maßnahmen seien nur begrenzt und auf viele Bereiche verteilt; hier handle es sich um eine zusätzliche Belastung, während der Mietwohnungsbau bereits über Jahre erhebliche Lasten verursache.

Ein wirtschaftlicher Vorteil aus Mieterstrom sei langfristig ungewiss; es handle sich zudem um wenige Häuser. Mit vorhandenen Mitteln ließen sich andernorts unmittelbare Effekte erzielen. Unabhängig von externer Durchführung sei ein Ansprechpartner in der Verwaltung erforderlich; personelle Ressourcen stünden derzeit nicht zur Verfügung, insbesondere im Finanzbereich und Baubereich seien Beschäftigte an der Belastungsgrenze.

Bürgermeister Brüling ergänzt, die Entscheidung zwischen KfW-55 und KfW-40 sei wirtschaftlich abzuwägen. Photovoltaik habe grundsätzlich wirtschaftliches Potenzial, berge aber Risiken wie Defekte an Wechselrichtern oder Modulen, die in Modellrechnungen oft unzureichend berücksichtigt würden. Ein externer Anbieter wie GGV reduziere regelmäßig die Rendite. Die Idee solle nicht abgelehnt, sondern in eine nachvollziehbare Priorisierung eingebettet werden.

Ratsherr Garrels regt an, den Landkreis oder KEAN als Ansprechpartner einzubeziehen; dort gebe es Erfahrungen mit Klimazielen und kleineren kommunalen Projekten. Ein Mieterstrommodell könnte für mehrere kleinere Kommunen gemeinsam geprüft werden, was Skaleneffekte ermögliche. Er betont erneut, dass der Vorschlag nicht grundsätzlich abgelehnt werde, aber eine Gesamtbetrachtung und Prioritätenliste nötig sei.

Klimamanager Höhnscheid weist darauf hin, dass die Fragestellung Gegenstand seines späteren Sachstandsberichts sei; erste Schritte zur Priorisierung der kommunalen Liegenschaften seien bereits unternommen worden.

Vorsitzende Kraus übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Janssen.

Vorsitzende Kraus erinnert an ihren früheren Antrag vom 14.06.2022 und erklärt, es habe keinen gesonderten Ratsbeschluss gegeben, der den Verzicht auf Photovoltaik rechtfertige. Sie sei davon ausgegangen, dass entsprechende Technik vorgesehen werde. Als bekannt wurde, dass keine Photovoltaik vorgesehen sei, habe sie sich gefragt, weshalb der frühere Beschluss nicht umgesetzt worden sei und der Rat nicht erneut beteiligt wurde. Sie verweist auf die DStGB-Unterstützung der GGV und fragt, weshalb bei 45 Wohnungen nicht stärker in die Zukunft investiert worden sei. Die Kommune trage soziale Verantwortung gegenüber Mietern mit Wohnberechtigungsschein und Verantwortung für Klimaschutz. Sie bittet, ihren Vorschlag nicht vorschnell zurückzuweisen, sondern unverbindliche Angebote und belastbare Fakten einzuholen.

Vorsitzende Kraus übernimmt den Vorsitz zurück.

Klimamanager Höhnscheid vermisst eine konkrete Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für dieses Objekt und schlägt vor, eine solche erstellen zu lassen; Energieeffizienz-Experten könnten das Objekt begutachten.

Bürgermeister Brüling hält eine isolierte Betrachtung einzelner Dächer für nicht zielführend; es müsse eine Gesamtbetrachtung aller relevanten Dächer erfolgen.

Ratsfrau Peters erklärt, die Frage, weshalb keine Photovoltaik eingeplant wurde, sei seinerzeit politisch im Zusammenhang mit dem Ziel beantwortet worden, mit verfügbaren Mitteln möglichst viel Wohnraum zu schaffen. Sie unterstützt die Prioritätenliste und regt an, dies in einen Beschlussvorschlag zu überführen.

Vorsitzende Kraus übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Janssen.

Vorsitzende Kraus widerspricht der Einordnung als bloßes „nice to have“; für sie sei es eine grundlegende Zukunftsentscheidung zugunsten der Mieter und des Klimaschutzes. Bei einem Neubau mit 45 Wohnungen im Weltnaturerbe Wattenmeer hätte Photovoltaik an erster Stelle stehen sollen. Sie spricht sich für unverbindliche Angebote und Prüfung des Mieterstrommodells aus, um faktenbasiert entscheiden zu können.

Vorsitzende Kraus übernimmt den Vorsitz zurück.

Allgemeiner Vertreter Heimes betont, andere Gebäude hätten dringenderen Handlungsbedarf; eine Prioritätenliste sei daher erforderlich.

Ratsherr Garrels bekräftigt, die Prioritätenliste solle Kosten und ergebnisoffene Prüfung verschiedener Modelle enthalten.

Ratsfrau Peters formuliert einen Beschlussvorschlag:

Die Inselgemeinde wird beauftragt, einen Vorschlag zur zeitnahen Umsetzung der beschlossenen Klimaziele auf Langeoog zu machen. Es soll eine Prioritätenliste mit dem Einsatz von Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen auf und an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen erstellt werden, wo diese effektiv und wirtschaftlich ist. Dabei gilt das der dringende Bedarf zuerst abgedeckt werden soll und jeweils eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erstellen ist. Die Anlagen sollen eine möglichst lange Nutzungsdauer und einen möglichst hohen Einspareffekt an fossilen Energien haben und langfristig betrachtet wirtschaftliche Investitionen darstellen.

Bürgermeister Brüling merkt an, dies erweitere den Prüfungsumfang erheblich; er regt an, sich zunächst auf Dächer und Primärenergiebedarf zu konzentrieren.

Allgemeiner Vertreter Heimes unterbreitet einen praktikableren Beschlussvorschlag:

Der Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschuss beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung erneuerbarer Energien bei kommunalen Bauten unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen eine Prioritätenliste unter Einbeziehung eines möglichen Mieterstrommodells in den Mietwohngebäuden möglichst zeitnah zu erstellen.

Beschlussempfehlung:

Der Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschuss beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung erneuerbarer Energien bei kommunalen Bauten unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen eine Prioritätenliste unter Einbeziehung eines möglichen Mieterstrommodells in den Mietwohngebäuden möglichst zeitnah zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	5

TOP 06	Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog den Rat in das Planfeststellungsverfahren für das +525 kV-HGÜ-Offshore-Netzanbindungssystem (Konverterplattform BalWin epsilon - Werderland für den Bereich der 12-sm-Grenze bis Anlandungspunkt Ostbense - Abschnitt Seetrasse - BalWin 5 NOR 9-4) der TenneT Offshore GmbH einzubinden
---------------	--

Sachvortrag:

Vorsitzende Kraus verliest den Sachvortrag.

Ratsherr Janssen erklärt, der erste Punkt sei bereits klar gewesen. Zum zweiten Punkt führt er aus, dass Ratsfrau Kraus seitens des Rates in den Planfeststellungsverfahren besonders tief im Thema stehe und Informationen stets gut vorbereitet liefere. Er betont, dies bedeute nicht, dass andere Ratsmitglieder unvorbereitet seien. Ratsfrau Kraus verfüge jedoch über weitergehende Kontakte und Hintergründe. Er persönlich würde es deshalb begrüßen, wenn sie bei einem Erörterungstermin teilnehmen könne, damit die aus seiner Sicht vorhandene besondere Sachkenntnis und die Hintergrundinformationen in die Diskussion eingebracht werden könnten, was dem Standpunkt der Gemeinde aus seiner Sicht zugutekäme.

Allgemeiner Vertreter Heimes führt aus, der Antrag sei bewusst so formuliert worden. Allen Beteiligten müsse klar sein, dass die Gemeinde in einem Planfeststellungsverfahren nicht zu Gesprächen mit Behörden eingeladen werde, sondern eine Stellungnahme abgeben könne und alles einbringen müsse, was sie für relevant halte.

Er verweist darauf, dass bereits Fachleute hinzugezogen worden seien und weitere Kontakte bestanden hätten, eine vorgesehene Unterstützung aber nicht zustande gekommen sei. Gleichwohl müsse nun gemeinsam eine Stellungnahme erarbeitet werden. Es gehe dabei nicht um die Frage, ob die Expertise von Ratsfrau Kraus gebraucht werde, sondern darum, gemeinsam einen Weg zu finden, um eine fachlich und rechtlich tragfähige Stellungnahme von Rat und Verwaltung zu erarbeiten. Da ein Planfeststellungsverfahren der Gemeinde keinen unmittelbaren Einfluss im Sinne verbindlicher Vorgaben ermögliche, komme es umso mehr darauf an, eine bestmögliche und möglichst rechtssichere Stellungnahme zu formulieren, die bei den Behörden Gehör finde. Dies werde Rat und Verwaltung allein voraussichtlich nicht gelingen, weshalb externe Unterstützung erforderlich sein werde.

Ratsherr Garrels erklärt, er halte es grundsätzlich für schwierig, wenn unabhängig von der jeweiligen Qualifikation eine einzelne Person in besonderer Weise beteiligt werde, da im Gemeinderat jedes Mitglied dieselbe Stellung habe. Er teilt mit, er habe sich die Unterlagen ebenfalls zusenden lassen und arbeite sich in diese ein, was allerdings nicht an einem Tag zu bewältigen sei. Aus seiner Sicht bestehe die Aufgabe der Verwaltung darin, die Politik zu informieren, während die Politik anschließend ihre Haltung formuliere. Den ersten Teil des Antrags würde er daher unterstützen, allerdings mit der Ergänzung, dass der Gemeinderat nicht lediglich vorab in Kenntnis gesetzt werde, sondern die Haltung der Kommune inhaltlich mitbestimme. Er betont, dass der Rat in diesem Verfahren geschlossen auftreten müsse und sich zwei unterschiedliche Haltungen nicht leisten könne, da die Gemeinde nur ein vergleichsweise kleiner Akteur sei. Es gehe zwar nur noch um Detailabstimmungen, diese beträfen jedoch die Interessen der Gemeinde, insbesondere touristische Belange sowie Belange der Wasserversorgung. Diese Punkte müssten gemeinsam vertreten werden. Gespräche unter Beteiligung einzelner Ratsmitglieder lehnt er ab, weil dies auch in anderen Verfahren Begehrlichkeiten auslösen könne und aus seiner Sicht in ein schwieriges Fahrwasser führe. Er geht zugleich davon aus, dass es kommunale Konsultationen mit der Behörde vermutlich ohnehin nicht geben werde. Entscheidend sei daher, zeitnah zu den Unterlagen Stellung nehmen zu können; hierfür werde es voraussichtlich noch zwei weitere Zusammenkünfte benötigen.

Vorsitzende Kraus übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Janssen.

Vorsitzende Kraus erläutert, sie habe den Antrag hinsichtlich des Erörterungstermins gestellt, weil dieser Verfahrensschritt – ebenso wie bereits in früheren Raumordnungs- bzw. Raumverträglichkeitsverfahren – nach ihrer Erfahrung regelmäßig statfinde, sobald die Anträge von der zuständigen Behörde bearbeitet worden seien. Bei solchen Erörterungsterminen seien sämtliche Beteiligten vertreten. Sie erinnert daran, dass sie im Raumordnungsverfahren „Seetrassen 2030“ auf Bitte der ehemaligen Bürgermeisterin zweimal teilgenommen habe, damals coronabedingt in einer Kombination aus Präsenz und Online-Teilnahme. Der Austausch zu zweit sei aus ihrer Sicht sehr hilfreich gewesen. Sie stellt zugleich klar, dass die Ausführungen von Allgemeinen Vertreter Heimes zur Rechtslage zuträfen und der Bürgermeister nach dem NKomVG entscheide, ob er allein teilnehme oder nicht. Da die ehemalige Bürgermeisterin dies seinerzeit anders gehandhabt habe, habe sie die Möglichkeit einer erneuten Mitwirkung anregen wollen. Den von der Verwaltung formulierten Satz, wonach unabhängig davon über die Nutzung des engen Zeitfensters zur Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme abgestimmt werden müsse, habe sie zunächst auf den Erörterungstermin bezogen; nach der Klarstellung durch Allgemeinen Vertreter Heimes sei für sie jedoch deutlich geworden, dass damit die vorherige Stellungnahme gemeint gewesen sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt klar, dass der angesprochene Hinweis nicht den Erörterungstermin, sondern die zuvor einzureichende Stellungnahme betreffe. Ein Erörterungstermin sei bislang weder terminiert noch sicher angekündigt. Zunächst müsse die Gemeinde überhaupt eine Stellungnahme einreichen; diese sei in vergleichbaren Verfahren bislang regelmäßig gemeinsam erarbeitet worden.

Vorsitzende Kraus weist im weiteren Verlauf darauf hin, dass der Umfang der Unterlagen mit 2.234 Seiten bis zum 30.04. zu prüfen sei, um bis zum 15.05. eine Stellungnahme abzugeben.

Sie bezeichnet dies als eine erhebliche Erwartung an die Beteiligten und regt an zu prüfen, ob – wie es andere Kommunen offenbar täten – in einem offiziellen Schreiben auf die sehr kurze Frist hingewiesen werden solle. Dies könne später von Bedeutung sein, um deutlich zu machen, dass auf die knappen Bearbeitungszeiten ausdrücklich aufmerksam gemacht worden sei. Ferner führt sie aus, dass nach ihrer Durchsicht einzelner Unterlagen mittels Suchbegriffen bei ihr der Eindruck entstanden sei, dass mit bestimmten Themen in unangemessener Weise umgegangen werde und teilweise Tatsachen behauptet würden, die aus ihrer Sicht so nicht zuträfen. Sie fragt daher, ob diese Fragen in öffentlicher Sitzung weiter vertieft werden sollten. Sodann verweist sie auf den Planfeststellungsbeschluss zu Baltrum, aus dem sie eine Passage zitiert, wonach das Vorhaben nicht wegen naturschutzrechtlicher Ziele zu unterlassen sei, weil die für das Vorhaben sprechenden Belange überwiegen und Naturschutzbelangen nach der Rechtslage kein Vorrang zustehe. Diese Erkenntnis müsse aus ihrer Sicht in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Sie erläutert weiter, dass Vorhaben dieser Art zwar grundsätzlich etwa durch Natura-2000- und FFH-Vorgaben erschwert oder verboten erscheinen könnten, letztlich aber unter Berufung auf § 34 Abs. 3 und ein überragendes öffentliches Interesse dennoch durchgeführt würden. Vor diesem Hintergrund müsse die Gemeinde sich strategisch klug aufstellen. Zugleich erklärt sie, sie hätte ihren Antrag nach der Lektüre des Planfeststellungsbeschlusses von Baltrum anders formuliert.

Vorsitzende Kraus übernimmt den Vorsitz zurück.

Bürgermeister Brüling äußert, bereits der Umfang der Unterlagen zeige deutlich, welche Papiermengen der Kommune vorgelegt würden. Er verweist darauf, dass die Bearbeitung der mehr als 2.000 Seiten selbst bei konzentrierter Befassung nicht an einem Tag möglich sei und dass seine eigene fachliche Expertise auf diesem Gebiet begrenzt sei, weshalb jede Seite einzeln erarbeitet werden müsse. Daraus folge, dass die Verwaltung und die Kommune fachkundige Unterstützung benötigten. Er bestätigt die Aussage von Allgemeinem Vertreter Heimes, wonach bereits eine geeignete Person als Unterstützung in Aussicht gestanden, diese aber aus Zeitgründen abgesagt habe. Das sei bedauerlich, zumal man mit dieser Unterstützung gerechnet habe. Die Verwaltung werde sich deshalb weiterhin um externe Hilfe bemühen und die Angelegenheit gemeinsam beraten. Mit Blick auf den Verweis auf die ehemalige Bürgermeisterin stellt er klar, dass er nicht angetreten sei, um deren Vorgehensweise unverändert fortzuführen. Selbstverständlich wolle er vorhandene Expertise nutzen; zugleich müsse innerhalb des Rates Gleichbehandlung gewährleistet bleiben, da jedes Mitglied dieselbe Stellung habe und behalten müsse. Deshalb bevorzuge er es, bei einer Einbindung eher mehrere Personen zu beteiligen als nur eine einzelne, sofern keine einstimmige Haltung des Rates vorliege. Dies richte sich nicht gegen eine bestimmte Person, sondern entspreche seiner grundsätzlichen Haltung, weil andernfalls in späteren Verfahren mit Verweis auf einen Präzedenzfall vergleichbare Ansprüche geltend werden könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt vor, die öffentliche Diskussion an dieser Stelle nicht weiter zu vertiefen. Er formuliert stattdessen einen neuen Beschlussvorschlag dahin gehend, dass der Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit, Umwelt und Landschaft die Verwaltung bitte, kurzfristig zu einem Gesprächstermin mit Rat und Verwaltung zur Abstimmung einer gemeinsamen Stellungnahme einzuladen.

Beschlussempfehlung:

Der Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss bittet die Verwaltung zu einem kurzfristigen Gesprächstermin mit Rat und Verwaltung zur Abstimmung einer gemeinsamen Stellungnahme einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	5

TOP 07 Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement
Bericht über den Sachstand des Integrierten Klimaschutzkonzepts für die Inselgemeinde Langeoog und die darin festgehaltenen Maßnahmenempfehlungen.

Sachvortrag:

Vorsitzende Kraus verliest den Sachvortrag.

Klimamanager Hönscheid präsentiert den Sachstandsbericht „Klimaschutz auf Langeoog“. Er will begründen, weshalb Klimaschutz betrieben werde, den aktuellen Stand nach rund 18 Monaten darstellen und einen Ausblick geben. Steigende Energiepreise infolge geopolitischer Krisen, etwa Ukraine- und Iran-Konflikt, machten Klimaschutz nötig. Ziel sei nicht, „die Welt zu retten“, sondern die Insel gegen äußere Krisen zu sichern, etwa durch autarke Energieversorgung und gemeinschaftliche Maßnahmen wie ein Nahwärmenetz. Zu Energie- und Emissionsdaten erläutert er, Langeoog habe 2023 rund 68 GWh Energie verbraucht, ein Rückgang gegenüber 2020, teils durch Sondereffekte. CO₂-Emissionen sanken von rund 23.000 t auf knapp 20.000 t. Ambitionierte Minderungsziele seien gesetzt: –45 % bis 2033, –70 % bis 2035, –92 % bis 2040, basierend auf Annahmen und Potenzialen, insbesondere erneuerbare Energien. Einsparungen seien möglich durch Elektrifizierung der Inselbahn oder klimafreundlichere Treibstoffe und bei der Schifffahrt. Er nennt erforderliche Schritte zur Klimaneutralität: Erhöhung der Sanierungsrate von etwa 0,8 % auf 1,8–2 %, Energieträgerwechsel im Wärmesektor und Ausbau erneuerbarer Energien. Rund 90 % der Wärmeversorgung beruhe auf Erdgas, dort liege ein wesentlicher Hebel. Mobilitätsemissionen, besonders Inselbahn und Schifffahrt, müssten deutlich reduziert werden. Er stellt den Zeitstrahl der 17 Maßnahmen vor. Ergänzende Hinweise zu nachhaltiger Beschaffung und Straßenbeleuchtung kündigt er an. Zur Verstetigung des Klimaschutzmanagements berichtet er, der Rat habe die Stelle wiederbesetzt. Die Fördergesellschaft ZUG habe einen Finanzierungsplan übermittelt; bei gemeindlicher Bestätigung sei mit einer Förderung der Stelle für 36 Monate zu 40 % der Personalkosten zu rechnen. Er legt den Entwurf eines Klimaschutzleitbildes „Langeoog 2040 – Unsere Insel, unsere Zukunft“ vor, welche dem Protokoll angehängt werden soll. Er verliest das Leitbild.

Zum Vernetzungsforum berichtet er von einem ersten Treffen: Bürgerbeteiligung zu Themen wie Erhalt/Ausbau von Grünstrukturen, Sichtbarmachung energetisch ertüchtigter Gebäude auf einer digitalen Karte und Müllvermeidung (Zigarettenkippen). Ein weiteres Treffen sei für Mai geplant; das Forum solle als Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik dienen. Zur nachhaltigen Beschaffung sagt er, das Thema sei nicht vorrangig gewesen. Es gebe Anträge von 2019 und 2023 zu fair gehandelten Produkten; im Haushalt stünden 1.000 Euro jährlich zur Verfügung. Schifffahrt, Shopartikel und Rathaus hätten Ansätze, und Anfang 2025 sei ein Entwurf für eine freiwillige Selbstverpflichtung inklusive Dienstanweisung erstellt worden, der bisher nicht weitergeführt sei. Zur Straßenbeleuchtung (Zuständigkeit bei Abteilungsleiter Marc Sjuts), nennt er rund 500 Lampen (150 × 36 W, 350 × 80 W). Eine Stunde Verlängerung koste etwa 8,68 Euro pro Stunde bzw. 260 Euro pro Monat und verursache im Winter etwa 1,6 t zusätzliche CO₂. Zum kommunalen Energiemanagement betont er nichtinvestive Einsparungen. Das Potenzial liege bei 10–20 % der Energiekosten.

Bei derzeit rund 1.000.000 Euro Energiekosten könnten 100.000–200.000 Euro eingespart werden; selbst 50.000 Euro wären bedeutsam. Erste Schritte: ein Lenkungsteam unter Bürgermeister, Einbindung der Liegenschaftsverwaltung, Ansprechpartner in Liegenschaften zur Verbrauchserfassung, Erstellung von Nutzungsprofilen, Prüfung technischer Anlagen, Sensibilisierung und Auswertung der Daten im System „Limbo“, ggf. Smart Meter. Ende des Jahres sei erneut ein Energiebericht vorzulegen. Zu Sanierungsfahrplänen führt er auf, die Top-Energieverbraucher seien im Energiebericht 2024 genannt (Schwimmbad, HDI, KBC, Fährhaus Bengersiel, Inselbahnhof, Rathaus). Für Top-10-Liegenschaften könnten Fahrpläne à ca. 8.000 Euro beauftragt werden; zuerst sollten nichtinvestive Einsparungen erfolgen. Konkretes Projekt: Photovoltaik auf dem Inselbahnhof, finanziert aus zuvor für „myclimate“-Zahlungen vorgesehenen Mitteln (Angebotseinholung abgeschlossen, Umsetzung bis Ende Mai möglich, statische Prüfung offen). Er berichtet über die Teilnahme am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ mit einem Preisgeld bis 20.000 Euro.

Zum Projekt „Lütje Bidrag“ will man Gästen freiwillige Beiträge (3, 5, 10 Euro oder frei) für Klimaschutzprojekte ermöglichen, z. B. Photovoltaik auf dem Sportpalast, Solarbänke, LED für den Wasserturm oder Grünstrukturen. Bei 200.000 Gästen jährlich könnten bei 1 % Beteiligung einige tausend Euro pro Jahr erzielt werden. Zur Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz berichtet er, die Ausschreibung war 2026 geplant.

Das neu aufgelegte KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ (KfW 423) biete Zuschüsse bis 75 % für Machbarkeitsstudien, Quartierskonzepte und Sanierungsmanagement, bis zu 300.000 Euro für Quartierskonzepte und 500.000 Euro für Sanierungsmanagement; damit könnte im Bauamt eine Person mit 75 %-Förderung für energetische Quartierssanierung beschäftigt werden. Er habe den Antrag ausgefüllt; interne Abstimmungen fehlten noch. Er zieht Bilanz: In rund 20 Monaten seien gute Grundlagen geschaffen worden. Das Klimaschutzkonzept liefere einen Fahrplan. Die Gemeinde beginne mit kommunalem Energiemanagement und Priorisierung der Liegenschaften. Die Photovoltaik-Anlage am Inselbahnhof sei ein Pilotprojekt. Die Stabsstelle Klimaschutz sei etabliert; es habe etwa 30 aufsuchende Energieberatungen gegeben und hohe Sichtbarkeit in Region, Presse und Veranstaltungen. Anschlussförderung sei grundsätzlich gesichert. Mit verabschiedetem Leitbild könnten zentrale Bereiche strukturiert auf Klimaneutralität bis 2040 ausgerichtet werden; er wünscht sich „Langeooger Klimatage“ ab 2027.

Ratsherr Janssen lobt die Arbeit von Klimamanager Hönscheid und unterstützt das erarbeitete Konzept.

Bürgermeister Brüling dankt ebenfalls und betont die Bedeutung der schnellen Umsetzung der Photovoltaik-Anlage am Inselbahnhof als sichtbares Zeichen.

Vorsitzende Kraus schlägt vor, den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen; weitere Vertiefungen solle die Verwaltung in die jeweiligen Ausschüsse geben.

Beschluss:

Der Nachhaltigkeits-, Umwelt und Landschaftsausschuss (NULA) nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Alles Weitere wird zur Vertiefung in die jeweiligen Ausschüsse gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	5

TOP 08 Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog zur Anlage von Streuobstwiesen**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus merkt an, der ursprüngliche Antrag sei durch bereits erfolgte Aktivitäten, etwa eine Baumpflanz-Challenge, teilweise überholt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, der umfangreiche Antrag sei in der beantragten Form derzeit nicht leistbar; frühere Pflanzaktionen hätten stattgefunden. Flächen gebe es, doch Planung, Entwicklung und Pflege müssten auf private Initiative und Ehrenamt setzen; die Verwaltung könne nur unterstützen.

Vorsitzende Kraus modifiziert ihren Antrag zugunsten kleinerer Aktionen und verweist auf Förderprogramme des Landkreises Wittmund und des Deutschen Naturschutzes. Sie regt Blühstreifen zur Verschönerung und Artenvielfalt an.

Ratsherr Janssen unterstützt punktuelle, schrittweise Maßnahmen mit Fördermitteln und verweist auf die früheren Parklandschaften. Heute fehle aber auch das Personal zur Pflege und Instandhaltung.

Allgemeiner Vertreter Heimes betont, derzeit fehle die personelle Kapazität für eine Fördermittelakquise, vor allem durch die Vakanz nach Hönscheids Weggang. Zunächst solle auf Ehrenamt und Eigeninitiative gesetzt werden.

Klimamanager Hönscheid schlägt eine Verknüpfung mit „Lütje Beitrag“ vor und Gästebeträge für eine Blühwiese zu sammeln. Es müsste zunächst eine geeignete Fläche definiert werden. Ggf. sei die Wiese auch pflegeleichter und würde Mäharbeiten einsparen.

Ratsherr Garrels mahnt ein Entwicklungskonzept für Inselgrün an, um die Artenvielfalt zu verbessern, die Pflegeintensität zu reduzieren, die Verkehrssicherung zu gewährleisten und eine klimaresiliente, wassersparende Gestaltung zu erreichen. Er schlägt eine externe fachliche Expertise vor und bietet Kontakte an.

Bürgermeister Brüling berichtet, die Baumpflanz-Challenge habe bereits eine Streuobstwiese entstehen lassen. Hier sei Pflege nötig. Herr Schurig und andere würden Schnitt, Düngung und Gießen organisieren; ein Platz für einen weiteren Obstbaum sei noch frei. Freiwillige für einen Gießdienst seien herzlich willkommen.

Vorsitzende Kraus möchte das Thema beraten und fachlich begleiten lassen; pragmatische Wege sollten geprüft, Fördermittelmöglichkeiten ausgelotet werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt als Beschluss vor, den modifizierten Antrag zur Kenntnis zu nehmen, zunächst auf ehrenamtlicher Basis zu setzen und das Thema mit Wiederbesetzung des Klimamanagements erneut in Hinblick auf Fördermittel aufzugreifen. Der Vorschlag wird angenommen.

Beschlussempfehlung:

Der Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss nimmt den modifizierten Antrag von Ratsfrau Kraus zur Kenntnis. Der Fokus soll in Abstimmung mit der Gemeinde zunächst auf ehrenamtlicher Basis liegen und mit der Weiterführung des Klimamanagements, auch im Hinblick auf mögliche Fördermittel, neu aufgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	5

TOP 09 Anträge und Anfragen**Sachvortrag:**

1. Vorsitzende Kraus trägt einen bereits bei der Verwaltung eingereichten Antrag vor. Für Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Langeoog, beantragt sie, im nächsten „NULA-Ausschuss“ Transparenz und Beteiligung beim Vorhaben „Net Zero Valley“ zu fordern.

Sie verliest Begründungen für den Antrag.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt fest, Vorsitzende Kraus habe einen sehr ausführlichen Sachvortrag gehalten, der in dieser Form grundsätzlich nicht vorgesehen sei; er habe dies jedoch nicht unterbrechen wollen. Er weist darauf hin, der Antrag werde kommunalrechtlich ordnungsgemäß in den nächsten Rat gegeben. Er habe erst durch den Antrag von dem Vorgang erfahren und sich mit der Verwaltung kurzfristig eingelezen. Nach seinem Kenntnisstand solle die gesamte Weser-Ems-Region bis Stade in einem solchen „Valley“ zusammengefasst werden. Die Landkreise und kreisfreien Städte hätten im vergangenen Jahr einen Antrag bei der EU gestellt. Die Kommunen selbst hätten keinerlei Informationen darüber erhalten, dass ein solches Vorhaben existiere oder inwieweit einzelne Kommunen betroffen sein könnten. Daher sehe er derzeit keine Möglichkeit, über Sachstände zu berichten, weil die Gemeinde selbst nicht informiert sei. Im Internetauftritt des Landes Niedersachsen fänden sich nur grobe Informationen. Ob bereits ein Bewilligungsbescheid vorliege, habe er nicht entnehmen können. Letztlich müsse der Rat entscheiden, wie mit dem Antrag umzugehen sei.

Vorsitzende Kraus ergänzt, Wilhelmshaven sei im Vorhaben ebenfalls eingebunden, unter anderem mit „TES und nicht zielführend. Im Zusammenhang mit dem Voslapper Groden sei hierzu auch in der Zeitung berichtet worden.

Ratsfrau Peters erklärt, es sei nicht ganz zutreffend, dass der Landkreis Wittmund den Antrag gestellt habe; vielmehr habe „das Arls“ den Antrag gestellt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erwidert, er habe nicht gesagt, der Landkreis Wittmund allein habe den Antrag gestellt; alle Weser-Ems-Landkreise und kreisfreien Städte bis Stade seien eingebunden und der Antrag gemeinschaftlich bei der EU eingereicht worden.

Ratsfrau Peters ergänzt, man sei als Kooperationspartner gebeten worden, sich anzuschließen; wesentlich mehr Informationen gebe es ihres Erachtens ohnehin kaum.

Allgemeiner Vertreter Heimes hält dem entgegen, dass dennoch keinerlei Informationen an die Kommune weitergegeben worden seien.

Vorsitzende Kraus verweist ergänzend darauf, das Thema sei auch im Planungs- und Umweltausschuss behandelt worden. Dort habe sich der Landrat im „Harlinger“ sehr interessiert und begeistert über eine Beteiligung geäußert.

Ratsherr Garrels gibt zu bedenken, im Rahmen der Antragsbearbeitung müsse geprüft werden, ob es sich überhaupt um eine Angelegenheit handle, mit der die Kommune sich befassen müsse oder könne. Das Thema betreffe möglicherweise übergeordnete Interessen, wie bei vielen anderen umweltpolitischen Fragen. Da die Kommune Langeoog offenbar nicht eingebunden sei, könne sie rechtlich wahrscheinlich auch nichts unternehmen. Möglicherweise könne man Informationen einholen, aber weder handlungsfähig werden noch Personal für ein solches Konzept vorhalten.

Vorsitzende Kraus entgegnet, sie habe nicht angenommen, dass die Gemeinde juristisch gegen das Vorhaben vorgehen könne. Gleichwohl gehöre Langeoog zum Landkreis Wittmund, sodass im Kreistag, in Gesprächen mit dem Landrat und gegenüber der Landesregierung Stellungnahmen abgegeben werden könnten, sofern dies vom Rat gewünscht werde. Aus diesem Grund habe sie das Thema in den Rat eingebracht.

2. Vorsitzende Kraus bringt einen weiteren Antrag ein, zu dem sie bereits mit Allgemeinen Vertreter Heimes gesprochen habe: „Feuerwerk am Silvester neu denken – Wiederholung der Lasershow und Sponsorenakquise für Silvester 2026/2027“.

Sie verliest den Antrag.

Zur Begründung führt sie aus, die Veranstaltung sei vielfach als sehr gelungen rückgemeldet worden und es sei ihr Beteiligung an einer Wiederholung zugesagt worden. Der Erfolg der Lasershow habe gezeigt, dass attraktive Alternativen zum traditionellen Feuerwerk möglich, umweltfreundlicher, sicherer und beeindruckend seien. Durch Sponsoren könnten Kosten für die Gemeinde minimiert und die Veranstaltung nachhaltiger finanziert werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, über den Antrag sei bereits gesprochen worden. Der Tourismus-Service habe das Thema bereits aufgegriffen und wolle es im nächsten Betriebsausschuss einbringen. Würde man den Weg eines formellen Antrags abwarten, werde man zeitlich nicht mehr rechtzeitig fertig. Daher sei es günstig, dass der Tourismus-Service bereits aktiv sei und im nächsten Betriebsausschuss einen ersten Aufschlag mache.

3. Vorsitzende Kraus spricht das Thema Zigarettenskippen aus dem „Mitmachforum“ an. Sie erinnert an einen früheren Antrag, Metallaschenbecher oder ähnliche Lösungen anzuschaffen. Seinerzeit sei beschlossen worden, zunächst Ergebnisse weiterer Pilotprojekte in Wittmund und Norddeich abzuwarten und 2022 zunächst auf den Verkauf eigener Taschenaschenbecher zu setzen, um Strand und Natur zu entlasten. Außerdem sollten Informationen über die Gefahren von Zigarettenskippen auf der Fähre verstärkt werden und an zentralen Orten versuchsweise Bodenbehälter aufgestellt werden. Sie wolle auf letzteren Punkt nicht zurückkommen, wohl aber auf die Ansprachen auf den Fähren. Nach ihrer Wahrnehmung habe es weder auf den Fähren Durchsagen zu Zigarettenskippen noch entsprechende Hinweise oder Taschenaschenbecher an Verkaufsstellen gegeben. Auch auf den Fährschiffen am Kiosk seien ihr entsprechende Angebote nicht aufgefallen. Sie bittet daher, das Thema noch einmal aufzugreifen.

Allgemeiner Vertreter Heimes entgegnet, aus seiner Erinnerung sei einiges umgesetzt worden. Er verweist auf aufgestellte Aschenbecher im Ort. Auch in Bensen siel habe man damals begonnen, Maßnahmen einzuführen; möglicherweise sei dies inzwischen wieder eingeschlafen. Die Verwaltung werde das Thema jedoch gern noch einmal aufnehmen.

4. Vorsitzende Kraus verweist auf ihre Teilnahme an einer Konferenz. Dort sei von einem ihr bislang unbekannten „Entsiegelungskataster Niedersachsen“ die Rede gewesen. Sie fragt, ob die Gemeinde hierzu Informationen habe.

Bürgermeister Brüling erklärt, Herr Sjutts sei hierzu im Austausch.

Klimamanager Hönscheid erläutert, das Entsiegelungskataster sei eine Angelegenheit, die in diesem Jahr zu erledigen sei und in die Zuständigkeit von Herrn Sjuts falle. Das Kataster stehe im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung. Das Land Niedersachsen habe ein öffentlich zugängliches Entsiegelungskataster entwickelt; die Kommunen erhielten jeweils eine Lizenz, die intern zugeordnet werden müsse. Die Kommunen hätten die Möglichkeit und Pflicht, bis Ende des Jahres zu prüfen, ob die im Kataster bereits hinterlegten Flächen passend seien oder ob weitere Flächen ergänzt werden müssten. Ziel sei, zusätzliche Flächen zu identifizieren, um die Wasseraufnahmefähigkeit zu verbessern, künftige Starkregenereignisse besser zu bewältigen und das Konzept der „Schwammstadt“ voranzubringen, dass Herr Sjuts verfolge. Durch Entsiegelung solle Wasser besser aufgenommen und in Trockenphasen wieder abgegeben werden können.

TOP 10	Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
---------------	---

Sachvortrag:

1. Bürgermeister Brüling berichtet über eine angekündigte Informationsveranstaltung der Tarchon für den 16.04.2026. Nach seiner Darstellung habe sich die Tarchon bislang nicht angemeldet; zudem habe er hierzu bislang keine öffentliche Bekanntmachung wahrgenommen. Die Tarchon habe die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über ihren Auftrag informieren wollen. Ferner komme noch ein dritter Akteur hinzu, der ebenfalls ein Kabel durch die Insel führen wolle. Bei diesem weiteren Vorhabenträger handele es sich nach seinen Angaben um einen sogenannten „Interconnector“, der Großbritannien mit Deutschland zum Zwecke des Stromaustauschs verbinden solle. Da er von der Tarchon zuletzt nichts mehr gehört habe, weise er gleichwohl darauf hin, dass der Termin 16.04. wegen der zeitlichen Nähe von Interessierten vorsorglich vorgemerkt werden könne. Er kündigt an, hierzu nochmals nachzuhaken, stellt jedoch zugleich klar, dass die Einladung und öffentliche Information aus seiner Sicht Aufgabe der Tarchon und nicht der Gemeinde sei. Gleichwohl halte er es angesichts der Brisanz des Themas für geboten, hierauf im Bericht hinzuweisen.
2. Bürgermeister Brüling geht auf die abgeschaltete App ein, die die Gemeinde beziehungsweise den touristischen Bereich seit geraumer Zeit beschäftige. Er teilt mit, dass die neue App am Folgetag freigeschaltet werde. Für die Anwesenden habe er einen QR-Code dabei, der den unmittelbaren Zugang zur Anwendung ermögliche. Die App sei erst kurzfristig fertiggestellt worden; die mediale Bekanntmachung solle am nächsten Tag in breiterem Umfang erfolgen. Er bittet in diesem Zusammenhang um Entschuldigung dafür, dass die Umstellung nicht reibungslos verlaufen sei. Dies entspreche weder seinem eigenen Anspruch noch dem touristischen Anspruch der Gemeinde. Bei der neuen Lösung handele es sich um eine progressive Web-App, die auf der Homepage basiere und für die Darstellung auf Mobiltelefonen optimiert sei.

TOP 11 Einwohnerfragestunde**Sachvortrag:****Detlef Westerkamp**

Herr Westerkamp erkundigt sich, ob das Thema Artenschutz auf den Grünflächen der Insel bereits umfassend behandelt worden sei. Er führt aus, in zahlreichen Kommunen seien Grünstreifen in Blühstreifen oder -flächen umgewandelt worden, ohne zwingend zusätzliche Fördermittel; teils werde mit vergleichbarem Personaleinsatz Geld eingespart. Vor diesem Hintergrund fragt er, wie Verwaltung und politische Gremien mit dem möglichen Sparpotenzial durch Artenvielfalt und Umgestaltung zu Blühflächen umgehen und ob das Thema intensiver behandelt werde, wenn Einsparungen zu erwarten seien.

Bürgermeister Brüling erwidert, hierfür bedürfe es eines tragfähigen Konzepts. Er sei kein Fachmann; deshalb seien fachliche Beratung, nachvollziehbare Erläuterungen und saubere Kommunikation erforderlich. Die Anlage von Wildblumenwiesen werde in der Bürgerschaft unterschiedlich bewertet. Ohne vorherige und begleitende Kommunikation könne der Eindruck entstehen, die Gärtner pflegten die Flächen nicht mehr ordnungsgemäß. Auch die Erwartungen von Gästen seien zu berücksichtigen. Solange kein Konzept vorliege und die Einsparpotenziale nicht belastbar dargestellt seien, könne er keine abschließende Aussage treffen.

Herr Westerkamp entgegnet, Kommunikation sei zentral. Entscheider, Planer, Bürgerinnen und Bürger sowie die Gärtner müssten einbezogen werden. Das Rad müsse nicht neu erfunden werden; viele Gemeinden hätten bereits Erfahrungen und teilweise nicht nur ökologische Verbesserungen, sondern auch touristischen Mehrwert erzielt. Grundlage sei stets ein gemeinsam abgestimmtes Konzept, das die Entwicklungsrichtung sowie Sparpotenziale und Belange der Artenvielfalt festlege.

Marco Schurig

Herr Schurig weist auf mehrere Fragen hin; nach Hinweis, dass drei Fragen zulässig seien, kündigt er an, sich gegebenenfalls später erneut zu melden. Zunächst fragt er, wann ein Grünordnungsplan für Langeoog komme, in dem Flächen für Artenschutz und Biotopentwicklung festgelegt werden könnten.

Bürgermeister Brüling kann keinen konkreten Zeitpunkt nennen. Angesichts der Vielzahl derzeit anstehender Aufgaben sei nicht absehbar, wann ein Grünordnungsplan erarbeitet werden könne. Zunächst müsse das Kurviertel entwickelt werden. Möglicherweise könne das Thema später beim Klimamanagement angesiedelt werden.

Herr Schurig erkundigt sich weiter, ob es einen Fahrplan gebe, im Rahmen allgemeiner Planungs- und Neugestaltungsprozesse über einen Grünordnungsplan nachzudenken, da solche Instrumente verschiedene Themen bündeln könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes sagt, Bürgermeister Brüling habe die Situation zutreffend beschrieben: Sobald personelle Kapazitäten vorhanden seien, werde man sich mit diesem Planungsinstrument befassen. Derzeit fehle jedoch das erforderliche Personal, weshalb eine Bearbeitung nicht leistbar sei.

Herr Schurig meint, trotz geringer Kapazitäten müsse ein Planungsansatz erkennbar sein. Er verweist auf die Sanierung des KWC und die zu betrachtenden Außenanlagen und fordert, diese Fragestellung auf die Agenda zu setzen.

Herr Schurig fragt, warum die LED-Beleuchtung im Ort nachts um eine Stunde länger eingeschaltet sein solle.

Bürgermeister Brüling kann hierzu keine abschließende Auskunft geben. An ihn seien Wünsche herangetragen worden, die Beleuchtungszeiten zu verlängern. Ob diese Wünsche weiterhin bestünden oder sich durch die Diskussion relativiert hätten, müsse geprüft werden. Eine Verlängerung der Beleuchtungszeiten sei angesichts der Beratungen zum Umwelt- und Klimaschutz und der CO₂-Belastungen kein rein technischer Vorgang, sondern bedürfe politischer Beratung und eines Beschlusses der Inselgemeinde.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt, das Thema sei bereits in der vergangenen Wahlperiode mehrfach beraten und hinsichtlich verschiedener Zeitmodelle diskutiert worden. Der Rat habe seinerzeit bestimmte Beleuchtungszeiten festgelegt. Der Wunsch nach längeren Zeiten werde besonders aus dem gastronomischen Bereich wiederholt vorgetragen und auch aus dem Rat an die Verwaltung herangetragen. Bislang habe sich der Rat jedoch nicht entschlossen, das Thema erneut aufzugreifen.

Marco Schurig fragt, ob die Anzahl der Bodenstrahler an den Straßenbäumen reduziert werden könne. Er verweist auf die Überlegung, den Wasserturm mit LED-Technik auszustatten, und regt an, eventuell vorhandene Bodenstrahler aus der Hauptstraße zu verwenden, um Synergieeffekte zu erzielen, Strom zu sparen, Insekten zu schonen und eine energiesparendere Beleuchtung zu ermöglichen.

Bürgermeister Brüling äußert Zweifel, ob Bodenstrahler technisch geeignet seien, den Wasserturm in der erforderlichen Höhe anzustrahlen; er könne das nicht fachlich beurteilen. Derzeit lägen keine Überlegungen vor, Strahler zurückzubauen. Zunächst müsse geklärt werden, warum die Bodenstrahler installiert wurden und ob sie allein gestalterischen Zwecken dienen.

Herr Schurig präzisiert, seine Frage habe sich darauf bezogen, ob die Bodenstrahler abgeschaltet werden könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dies könne kurzfristig nicht beantwortet werden. Die Bodenstrahler seien ursprünglich als Gestaltungselement geplant und eingebaut worden. Zunächst müsse geklärt werden, wie die technische Schaltung ausgestaltet sei und ob eine getrennte Schaltung möglich sei. Erst dann lasse sich beurteilen, ob eine Abschaltung umsetzbar sei oder ob die Strahler in einer Reihenschaltung eingebunden seien, sodass keine Einzelabschaltung oder ein selektiver Rückbau ohne Weiteres möglich sei.

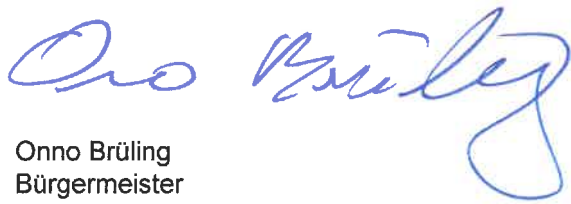
TOP 12	Schließung der Sitzung
---------------	------------------------

Sachvortrag:

22.33 Uhr: Vorsitzende Kraus schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:33 Uhr

Für die Richtigkeit:



Onno Brüling
Bürgermeister



Bärbel Kraus
Vorsitzende



Katja Heimes
Schriftführung



Klimaschutzkonzept Inselgemeinde Langeoog Maßnahmenempfehlung „Klima-Leitbild 2040“

Bearbeiter Thomas Hönscheid, Klimaschutzmanagement
Entwurf 1, 13. November 2025

Leitbild Langeoog 2040 Unsere Insel. Unsere Zukunft.

1. Warum wir handeln

Langeoog steht für Lebensqualität, Naturverbundenheit und Gemeinschaft.
Doch der Klimawandel stellt uns vor neue Herausforderungen: steigender Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse, Belastung der natürlichen Ressourcen.

Wir nehmen diese Herausforderung an – als Insel der Verantwortung und Insel des Wandels.
Unser Ziel: Klimaneutralität bis 2040.

Wir handeln, weil wir wollen, dass Langeoog auch in Zukunft ein lebenswerter Ort bleibt – für die Menschen, die hier leben, und für die, die uns besuchen.

2. Unser Selbstverständnis

Wir verstehen Klimaschutz nicht als Einschränkung, sondern als Einladung, Zukunft neu zu denken.

Wir setzen auf Innovation, Solidarität und Respekt vor der Natur. Jede Entscheidung der Gemeinde soll künftig dazu beitragen, dass die Insel Langeoog ihrem Ziel der Klimaneutralität näherkommt.

Wir prüfen regelmäßig: Zahlt diese Entscheidung auf unser Leitbild ein – ja oder nein?
So schaffen wir Transparenz, Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit.

3. Unsere Leitlinien für die Zukunft

Klimaschutz und Klimaanpassung

Wir machen Klimaschutz zum zentralen Handlungsprinzip der Inselentwicklung.

- Wir senken unsere CO₂-Emissionen systematisch und messen unsere Fortschritte.
- Wir investieren in grüne Infrastruktur und Biodiversität auf der Insel und unterstützen zielführende Maßnahmen zum Schutz unserer Küsten.
- Wir denken Vorsorge mit, damit Langeoog sicher, widerstandsfähig und zukunftsfest bleibt.

Bauen und Wohnen

Wir bauen nachhaltig und für die Gemeinschaft.

- Neue Gebäude entsprechen hohen Energie- und Klimastandards.
- Bestehende Bauten werden schrittweise modernisiert.
- Wir fördern gemeinschaftliche, innovative Wohnformen und die Nutzung erneuerbarer Energien.
- Wir geben Bauwilligen mit einer klimagerechten Bauleitplanung Orientierung bezüglich einer zukunftsgerechten Ausgestaltung ihrer Bauvorhaben.

Kommunale Liegenschaften und Infrastruktur

Unsere kommunalen Gebäude und Infrastrukturen sind Vorbilder im Klimaschutz.

- Strom und Wärme stammen zunehmend aus regenerativen Quellen.
- Wir schaffen eine energieeffiziente Verwaltung.
- Klimaschutz wird in Beschaffung, Bauplanung und Eigenbetrieben fest verankert.

Mobilität und Erreichbarkeit

Langeoog bleibt autofrei – und wird klimafreundlich mobil.

- Wir fördern Elektromobilität und emissionsfreie Logistik.
- Wir arbeiten an klimafreundlichen Inselbahn- und Fährverbindungen.
- Wir setzen mittelfristig auf eine weitere intelligente Verknüpfung mit dem ÖPNV.

Nachhaltiger Tourismus

Wir sind Gastgeber mit Haltung.

- Wir fördern umweltfreundliche Angebote und klimaschonende An- und Abreisen.
- Nachhaltige Betriebe und klimaneutrale Dienstleistungen werden sichtbar ausgezeichnet.
- Gäste erleben Klimaschutz als Teil der Insel-DNA: nicht als Verzicht, sondern als Qualität.

Bezahlbarer Wohnraum

Wir sichern das Zuhause der Insulanerinnen und Insulaner.

- Nachhaltiges Bauen bleibt sozial verträglich.
- Wir fördern Wohnraum für Einheimische und Beschäftigte.
- Klimaschutz darf kein Luxus sein, sondern gelebte Normalität.

Soziales Miteinander und Bildung

Klimaschutz gelingt nur gemeinsam.

- Wir fördern Dialog, Beteiligung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Jede und jeder kann Teil der Lösung werden – von der Kita bis zum Seniorenverein.
- Wir leben Verantwortung füreinander und für die Welt.

Lebensraum Langeoog

Wir schützen, was uns trägt.

- Die Natur Langeoogs ist Herz und Zukunft unserer Insel.
- Wir bewahren die einzigartige Flora und Fauna und fördern Artenvielfalt.
- Wir gestalten Freiräume, die Erholung, Begegnung und Naturerfahrung ermöglichen.

4. Unser Weg zur Klimaneutralität 2040

- Wir setzen konkrete Zwischenziele (2030, 2035, 2040).
- Wir messen, berichten und lernen – jährlich, transparent und öffentlich.
- Der Gemeinderat überprüft regelmäßig, inwieweit seine Beschlüsse im Einklang mit dem Leitbild stehen.
- Wir verstehen Klimaschutz als Querschnittsaufgabe aller Bereiche – von der Verwaltung über die Wirtschaft bis zur Bürgerschaft.

5. Unsere Haltung

„Klimaneutralität ist kein Zustand – sie ist eine Haltung.“

Langeoog 2040 ist mehr als eine Insel ohne Emissionen.

Es ist ein Ort, an dem Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen – für ihre Heimat, ihre Kinder und das Meer, das sie umgibt.



Mein Antrag zum Net-Zero-Valley

Von: "Bärbel Kraus" <Baerbel.Kraus@gmx.de>
An: Baerbel.Kraus@gmx.de
Datum: 07.04.2026 14:03:34

Moin zusammen,

hier zum besseren Verständnis meines Antrages einige Begründungen:

Wenn in Niedersachsen und im Landkreis WTM die industrielle Transformation konsequent auf echte Dekarbonisierung ausgerichtet werden soll, kann das geplante NZV dazu einen wichtigen Beitrag leisten, den ich ausdrücklich begrüße.

Aber nur wenn Klimaneutralität dabei nicht zur Fassade wird, hinter der neue fossile Abhängigkeiten entstehen und Emissionen lediglich eingelagert, anstatt vermieden werden.

Ein Flächenbedarf von über 6.000 Hektar für "Netto-Null-Technologien" ist zudem raumplanerisch und ökologisch hochsensibel. Transformation gelingt nämlich nur, wenn sie naturverträglich, sozial gerecht und demokratisch gestaltet wird.

Und das ist m.E. das riesengroße Problem, denn die Einstufung dieses Vorhabens als "übergeordnetes/überwiegendes öffentliches Interesse" ist eine Beschränkung des Einflusses der Öffentlichkeit. Wir erleben dies aktuell in den RVP und PFV zu den geplanten Trassenquerungen.

Zudem soll es eine Verfahrensbeschleunigung geben, in der Umweltverträglichkeitsprüfungen nur noch formalisiert stattfinden sollen.

Die Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit und der Umweltprüfungen sollten m.E. im vollen Umfang erhalten bleiben, das fordern auch die Umweltverbände mit großem Nachdruck. So ist uns zumindest auf Langeoog die Beteiligung an einer strategischen Umweltprüfung, die bis zum 23.2.2026 möglich war, entgangen.

Weshalb ich diesen Antrag gestellt habe, ist das Vorhaben, Industrieemissionen unter dem Meeresboden zu speichern und dass dafür bereits im Rahmen der deutschen CCS-Strategie CO₂-Verpressungen unter dem Nordseeboden, auch in der Nähe von Helgoland geplant sind. Das Bundeskabinett hat den Weg dafür freigemacht und die Energiefirmen stehen in den Startlöchern.

Bekannt ist, dass eine CCS-Verpressung nahe Helgoland potenzielle negative Auswirkungen auf die ostfriesische Insel und auch auf Langeoog haben kann, die da sind:

- Umweltrisiko dass CO₂ aus den Speichern austritt und das marine Ökosystem beeinträchtigt
- Auswirkungen auf den Meeresboden und der dort lebenden Organismen bei der Vorbereitung und Nutzung der Speicherstätten
- Lärmbelästigung, da diese Arbeiten Schallwellen erzeugen, die Schweinswalte und andere Meeresbewohner stören können
- Sicherheit: div. Naturschützer incl. Greenpeace äußern Bedenken bezüglich der langfristigen Sicherheit der Speicher unter dem Meeresboden.

All dies soll in räumlicher Nähe zu unserer Insel passieren, unsere Einspruchsmöglichkeiten sind extrem beschränkt und deshalb versuche ich mit meinem Antrag lediglich auf das Thema aufmerksam zu machen und bitte die Verwaltung, die Öffentlichkeit und den Rat über den Vorgang lfd. zu informieren und den Rat auch bei evtl. Entscheidungen einzubinden, Dass die Verwaltung sich in Gesprächen mit dem Landkreis WTM und der Landesregierung für unsere Interessen einsetzt, ist für mich selbstverständlich und deshalb nicht Teil meines Antrages.

Hier kommen einige interessante Links:

Ein Blick auf die die Seite des ARL lohnt sich schon

jetzt: <https://www.nzy-nw.de/unser-valley.html>

Da sind alle möglichen Firmen aufgeführt alle mit schönen klimaneutralen

Anliegen, aber die Firmen haben z.T. auch eine fossile Agenda.

Beispiel: TES in Wilhelmshaven hat noch vor zwei Jahren ein Projekt mit EWE unterzeichnet für grünen Wasserstoff. Das ist nach dem Ende der Ampel ausgelaufen ohne Umsetzung: 2022:

<https://www.ewe.com/de/media-center/pressemitteilungen/2022/11/tes-und-ewe-planen-bau-eines-500-mw-elektrolyseurs-am-wilhelmshavener-green-energy-hub-ewe-ag>

Jetzt aktuell findet man auf der Seite von TES WHV nur noch fossile Projekte gegreenwashed, schaut selbst

: <https://tes-h2.com/de/projekte/projects-projectgreenenergyhubwilhelmshaven>

Und dafür soll der Voßlappergraden weichen.

Sie verkaufen es als: aus CO2 Wasserstoff machen, aber das ist noch null ausgereift. Seht selbst:

<https://h2-news.de/h2talk/co2-ist-der-neue-wasserstoff-interview-mit-florian-hildebrand-ceo-von-greenlyte-carbon-technologies/>

MfG

Bärbel Kraus

